

1

Deutscher Mieterbund
Landesverband
der Mietervereine in Nordrhein-Westfalen e.V.

Deutscher Mieterbund · Landesverband · 5800 Hagen · Schulstraße 3 a

An den
wohnungspolitischen Ausschuß
der Landesregierung NRW
Ständehausstraße 1

4000 Düsseldorf 1

5800 Hagen 1 , 23. Juli 1986 s-ju
Schulstraße 3 a
Postfach 22 06
Telefon (0 23 31) 2 29 70

Postscheckamt Do
(BLZ 440 100 46) K

Sparkasse Hagen
(BLZ 450 500 01) K

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
10/482

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich der Delegiertentagung des Landesverbandes der Mietervereine NRW e.V. in Siegen vom 4. - 6. Juli 1986 wurden eine Reihe wohnungs- und mieterpolitischer Forderungen an die Landesregierung gestellt (von denen bereits der Antrag betr. Erhalt der Bergmannswohnungen am 7.7.1986 an die Landesregierung und die Herren Fraktionsvorsitzenden im Landtag abgeschickt wurde), welche wir nachstehend mit der herzlichen Bitte, die Forderungen durchzusetzen, an Sie weitergeben:

1. Das Ende der Eigenschaft "öffentlich gefördert" für Wohnungen, deren Mittel als Darlehen in den 50er Jahren gewährt wurden, bis zum Jahre 1999 aufzuschieben.
2. Den Mieterschutz aller der neuen Heimat gehörenden Wohnungen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen und die Sozialbindungen dieser Wohnungen zu erhalten. (Dieser Beschluß wurde bereits im wohnungspolitischen Arbeitskreis des Landesverbandes im April 1986 gefaßt.)
3. Der soziale Wohnungsbau wird weiterhin gefördert. Dabei werden insbesondere Wohnungen für Alte, Behinderte, junge Familien und Kinderreiche berücksichtigt.
4. Das Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung und Mietverzerrung im Wohnungswesen wird ersatzlos aufgehoben und die nach

Maßgabe dieses Gesetzes erhobenen Fehlbelegerabgaben werden zurückgezahlt.

5. Es werden ausreichende finanzielle Mittel im Landeshaushalt 1987 zum Aufkauf der bedrohten Bergmannssiedlungen bereitgestellt, wobei an den Aufkauf und die Übergabe an neue Träger folgende Bedingungen geknüpft werden:
 - a) Erhalt möglichst vieler Mietsiedlungen als solche,
 - b) Sicherung eines Preisniveaus, das von Mietern des unteren Preisschnitts noch bezahlt werden kann,
 - c) dauerhafte Sozialbindungen,
 - d) weitestgehende Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Bewohner.

(Die Sicherung der Bergmannswohnungen in den alten Arbeiterkolonien endet im Jahre 1988. Dann droht den jetzigen Bewohnern der Verlust ihrer preiswerten Wohnungen. In den Bergarbeiter-siedlungen haben sich in den letzten Jahren Mieterinitiativen gebildet, die für die Rettung ihrer Siedlungen kämpfen. Diese Rettungsversuche gilt es auch seitens der Mieterorganisation tatkräftig zu unterstützen.)

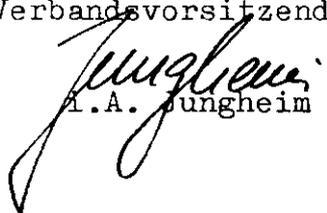
6. Es werden geeignete Maßnahmen ergriffen, um eine Verbesserung der Infrastruktur in Trabantenstädten zu erreichen und dabei insbesondere den Bedürfnissen der Bewohner dieser Vororte nach ausreichender örtlicher und sozialer Betreuung, insbesondere für ältere Menschen und Kinder, ausreichende Spielmöglichkeiten der Kinder sowie verkehrsberuhigten Zonen Rechnung zu tragen.
7. Im Bundesrat wird darauf Einfluß genommen, daß die von der gewerblichen Zwischenvermietung betroffenen Mieter einen den übrigen Wohnungsmietern gleichgestellten Kündigungsschutz erhalten.
8. Der Ausstieg aus der Atomenergie wird schnellstmöglich zugunsten alternativer Energiequellen vollzogen und auf die anderen Länder und den Bund eingewirkt, daß der schrittweise Ausstieg aus

der Atomenergie bis 1999 erreicht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Schröder

Verbandsvorsitzender



A.A. Jungheim